



HAUSHALTSANTRÄGE 2019



10.10. 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

365 Euro-Ticket

Die Regionalverwaltung und die Aufsichtsräte im VVS werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen,

dass Gespräche mit den Vertretern von Landkreisen, Landeshauptstadt Stuttgart insbesondere mit denen des Landes aufgenommen werden, damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um die zügige Einführung eines 365 Euro-Tickets für alle im VVS vorzubereiten.

Begründung:

In Zeiten der Diskussionen über den Klimawandel und über weitere Fahrverbote kann die große VVS-Tarifreform nur der erste Schritt auf dem Weg in Richtung hin zu einer weiteren Stärkung des öffentlichen Personennahverkehr in unserer Region gewesen sein.

Dazu gehört auch die Einführung eines 365-Euro Tickets für alle. Ein Blick nach Bayern zeigt, wie das funktionieren kann. Die Regierung des Freistaats bietet an, zwei Drittel der Mindereinnahmen des Tickets zumindest für Schüler und Auszubildenden auszugleichen und nicht wie die Landesregierung hierzulande, die Unterstützung für die Tarifreform schrittweise gleich wieder abzubauen.



Harald Raß



Thomas Leipnitz und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Barrierefreiheit im ÖPNV herstellen

Die Regionalversammlung beschließt,

sich zum Ziel zu bekennen, die Barrierefreiheit im ÖPNV in regionaler Verantwortung bis zum Ende der Legislaturperiode herzustellen.

Begründung:

Die Barrierefreiheit im ÖPNV herzustellen wurde bereits in einer UN-Konvention festgelegt. Dieses Ziel muss nun zeitnah mit einem ehrgeizigen Programm unterlegt und zügig in Abstimmung mit der Deutschen Bahn umgesetzt werden. Weitere Verzögerungen sind nicht mehr hinnehmbar.



Harald Raß



Thomas Leipnitz und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Nach der Reform ist vor der Reform

Die Regionalverwaltung und die Aufsichtsräte im VVS werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. das Stuttgarter Modell des Sozialtickets auf die ganze Region übertragen wird,
2. eine Evaluation der VVS-Tarifreform im Hinblick auf die ländlichen Räume durchgeführt wird, mit dem Ziel, weitere Schritte für eine Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum zu erreichen.

Begründung:

In Zeiten der Diskussionen über den Klimawandel und über weitere Fahrverbote kann die große VVS-Tarifreform nur der erste Schritt auf dem Weg in Richtung hin zu einer weiteren Stärkung des öffentlichen Personennahverkehr in unserer Region gewesen sein.

Dabei sind alle Ticketarten vom Dauerkunden bis zum Gelegenheitsverkehr und von besonderen sozialen Gruppen bis zu bestimmten Räumen zu untersuchen.



Harald Raß



Thomas Leipnitz und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Für attraktive Stadttickets

Die Regionalverwaltung und die Aufsichtsräte im VVS werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass

1. ein Stadtticket auch für kleinere und mittlere Kommunen unter 20.000 Einwohnern zu einem attraktiven Preis angeboten wird,
2. geprüft wird, wie hoch der finanzielle Aufwand wäre, wenn für das gesamte VVS-Tarifgebiet auf die Finanzierung der Mindereinnahmen durch die jeweilige Kommune verzichtet würde.

Begründung:

In Zeiten der Diskussionen über den Klimawandel und über weitere Fahrverbote kann die große VVS-Tarifreform nur der erste Schritt auf dem Weg in Richtung hin zu einer weiteren Stärkung des öffentlichen Personennahverkehr in unserer Region gewesen sein.

Dazu gehört auch gerade die innerörtlichen Verkehre in kleinen und mittleren Kommunen zu stärken.



Harald Raß



Thomas Leipnitz und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Nordkreuz planen

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

zusammen mit den Partnern von Bund, Land, Stadt und Bahn die weiteren Planungen für den Bau des Nordkreuzes, die T-Spange und die P-Option zeitnah voranzutreiben. Dabei sollen vertiefte Vorplanungen, Kostenschätzungen und mögliche Betriebsoptionen untersucht werden.

Die hierfür benötigten Haushaltsmittel sind in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Angesichts der üblichen Zeiträume von den ersten Planungen bis zur Realisierung darf die Region keine Zeit verlieren, um unser Schienennetz angesichts neuer gewachsener Herausforderungen für den öffentlichen Personennahverkehr zügig auszubauen und weiterzuentwickeln.



Harald Raß



Thomas Leipnitz und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Künftige Dauernutzung der Panoramabahn untersuchen

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

zusammen mit den Partnern von Land, Stadt und Bahn zeitnah eine Entscheidung über die dauerhafte Nutzung der Panoramabahn für den regionalen Schienenpersonennahverkehr vorzubereiten.

Begründung:

Nachdem die grundlegenden Entscheidungen für den Interimsbetrieb auf der Panoramabahn von Stuttgart-Vaihingen bis zum Nordbahnhof getroffen sind, bedarf es angesichts der üblichen Zeiträume von den ersten Planungen bis zur Realisierung neuer Bahnverkehre zeitnahe Entscheidungen. Dabei sind alle möglichen Optionen vom S-Bahn-Regelbetrieb, über NE-Bahnen in regionaler Verantwortung bis zu Verkehren des Landes zu prüfen.



Harald Raß



Thomas Leipnitz und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Entwicklung der Nutzung von Tretrollern, E-Rollern und Pedelecs

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

1. einen Bericht über die Entwicklung von Tretrollern (E-Scooter) und E-Rollern vorzulegen, insbesondere darüber,
 - a) wie viele Tretroller und E-Roller in der Region eingesetzt werden,
 - b) wie viele unterschiedliche Anbieter es gibt,
 - c) ob eine Einbindung in das Polygo-System bereits existiert oder geplant ist;
2. Auskunft über die Planung weiterer Pedelec-Stationen und Abstellflächen in der Region zu geben.

Begründung:

Die Einsetzung von Tretrollern, E-Rollern und Pedelecs nehmen in der Region stetig zu. Ein Gesamtüberblick über die Nutzung und Angebote ist wichtig und hilfreich, um daraus mögliche Maßnahmen, Anreize und Regelwerk für die Zukunft entwickeln zu können.



Harald Raß



Thomas Leipnitz

Jasmina Hostert und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Taktverdichtung zum 10-Minuten-Takt bei den S-Bahnen

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

Strategien zur Verdichtung des S-Bahn Taktes zu einem 10-Minuten Takt während der Hauptverkehrszeiten vorzulegen und diesbezüglich zeitnah Gespräche mit der Bahn und dem Land zu führen.

Begründung:

Zur Erreichung der CO₂-Minderungsziele ist eine andere Mobilität als aktuell und eine deutliche Veränderung des Modal Split zu Gunsten des ÖPNV unausweichlich. Ohne eine weitere Steigerung der S-Bahn Kapazitäten ist dies nicht erreichbar.



Harald Raß



Thomas Leipnitz

Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Schusterbahn zur S-Bahn ausbauen

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

zeitnah ein Konzept für einen S-Bahn Regelbetrieb auszuarbeiten.

Dabei müssen insbesondere Entscheidungen über folgende Punkte herbeigeführt werden:

- Start- und Endpunkt der S-Bahn, mindestens jedoch von Esslingen bis Ludwigsburg,
- Taktfrequenz, mindestens in der HVZ ein 30-Minuten Takt,
- Bau eines zweiten Bahnsteigs im Bahnhof Stuttgart-Münster,
- Prüfung möglicher weiterer Halte entlang der Schusterbahn, z.B. im Bereich des Neckarparks.

Möglicherweise benötigte Haushaltsmittel sind im Haushalt einzustellen.

Begründung:

Nachdem die Entscheidung über den dauerhaften Betrieb der Schusterbahn während der HVZ zu wachsenden Fahrgastzahlen geführt hat, ist es nun an der Zeit, die Vorbereitungen für den nächsten Schritt eines dauerhaften Betrieb als S-Bahn herbeizuführen.



Harald Raß



Thomas Leipnitz und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Organisation und Digitalisierung der Geschäftsstelle VRS

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

1. über den Stellenzuwachs und die Aufgabenzuordnung dieser Stellen in den vergangenen drei Jahren sowie über die Einordnung der im HH 2020 beantragten, rein zusätzlichen Stellen, vor Beginn des Stellenbesetzungsverfahrens zu berichten;
2. über die konkreten Projekte und Strategien zur Digitalisierung der Prozesse, insbesondere über die Organisation eines digitalen Workflow bei der Erstellung der Vorlagen, zu berichten;
3. die im HH genehmigten Stellen erst nach Berichtsvorlage zur Besetzung freizugeben.

Begründung:

Der weitere Ausbau des Personalkörpers der Geschäftsstelle kann nicht dem Automatismus ständiger Erhöhung folgen, sondern nach der sachlichen Notwendigkeit. Die Notwendigkeit der beantragten Stellen kann nur im Kontext der Organisation, insbesondere auch unter Berücksichtigung der Effekte eines digitalen workflow in der Geschäftsstelle insgesamt beurteilt werden.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Wohnraum zu tragbaren Belastungen in der Region Stuttgart

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

eine Wohnungsbaubilanz für das Gebiet des VRS zu erstellen. Insbesondere soll über die Fertigstellung von Wohnungen in den verschiedenen Modellen des geförderten Wohnungsbaus in den vergangenen drei Jahren und den geplanten Kapazitäten geförderten Wohnungsbaus in den einzelnen Städten und Gemeinden der Region berichtet werden.

Begründung:

Trotz dramatischer Probleme, ökonomisch und/oder sozial benachteiligte Familien und Personen mit Wohnraum zu versorgen, konzentriert sich die Erstellung kostengünstiger Wohnungsangebote auf wenige Städte der Region. Zur Versachlichung der Diskussionen wäre eine strukturierte Berichterstattung hilfreich. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der thematischen Fokussierung der IBA 2027 gewinnt das Thema an Bedeutung. Eine IBA nur für wohlhabende Bevölkerungsteile kann nicht das Anliegen von Verband und den Städten sein.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Regionale/Kommunale Aktivitäten hinsichtlich Klimawandel/CO2 Emissionen

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

zweijährig über die kommunalen Aktivitäten zur CO₂-Minderung in den einzelnen Städten zu berichten, Bausteine, Themen und Initiativen strukturiert zusammenzutragen und ggf. ein Austauschformat zwischen den Städten und Gemeinden zu organisieren.

Begründung:

Die Klimaziele der G20-Staaten, der EU und der Bundesrepublik können nur erreicht werden, wenn der Bund die gesetzlichen Regelungen und Voraussetzungen für die Emissionsbeschränkungen in Verkehr, Wirtschaft und Heizungen gesetzlich regelt. Allerdings gibt es hinreichend Handlungspotential auf regionaler und kommunaler Ebene. Ein Kompendium der unterschiedlichen Aktivitäten in verschiedenen Städten (in zweijähriger Fortschreibung) kann unterstützend in den Städten und Gemeinden des VRS wirken. Ein solches Format wird angesichts der Bedeutung des Themas für den Klimawandel und den Erwartungen der Bürgerschaft an die Gebietskörperschaften dringend notwendig.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Zukunft der Arbeit in der Region Stuttgart

Die Regionalverwaltung und die WRS werden beauftragt,

ein Dialogformat zur öffentlichen Diskussion zur Zukunft der Arbeit in der Region Stuttgart, ggf. gemeinsam mit der IHK und den Gewerkschaften zur regionalpolitischen Begleitung der tiefgreifenden Veränderungen durch die Entwicklung der Elektromobilität und die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft (Gesellschaft 4.0) fortzuschreiben.

Begründung:

Die außerordentliche Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in der Region ist im Wesentlichen durch Automobil- und Automotive Unternehmen geprägt. Industrie 4.0 ist mit schwerwiegendem Verlust von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung verbunden. Die Zukunft der Arbeit als wichtigste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben der Arbeitnehmer ist gefährdet.

Wir sind zur Sicherung der Arbeitsplätze und des Wohlstandes dringend auf Ersatzarbeitsplätze und andere bzw. neue Wertschöpfungsketten angewiesen. Daraus erwachsen vielfältige Herausforderungen bei den Unternehmen, Mitarbeitern und Körperschaften. Sicherstellung von Investitionen, Qualifizierungen bei den Mitarbeitern und zusätzliche Gewerbeflächen sind dazu zwingend notwendig.

Die unterschiedlichen politischen Vorstellungen zur Lösung der anstehenden Fragen im VRS und den Städten und der interessierten Öffentlichkeit bedürfen öffentlicher Diskurse auch in der Regionalversammlung.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Ladeinfrastruktur zur Elektromobilität und Wasserstoff-tankstellen ausbauen

Die Regionalverwaltung und die WRS werden beauftragt,

über den Stand des Ausbaus und der Planungen der Ladeinfrastruktur und Tankinfrastruktur für Wasserstoff betriebene Fahrzeuge im VRS zu berichten und die Frage eines Förderprogramms zum schnelleren Ausbau zu prüfen.

Begründung:

Trotz der Zunahme von Ladestationen bedarf es in Zukunft eines deutlich dichteren und leistungsfähigeren Netzes an Lade- und Tankmöglichkeiten für Wasserstoff, um die angestrebten bundespolitischen Ziele zum Ausbau der Elektro- und Wasserstoff-betriebenen Mobilität zu steigern. Eine angemessene Dichte an Lade- und Tankmöglichkeiten ist neben ökonomischen Aspekten eine bedingende Voraussetzung für Akzeptanz in der Bürgerschaft.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Informationsnetzwerk der Wirtschaftsförderung in der Region Stuttgart stärken

Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt,

zur Förderung der Zusammenarbeit und Koordinierung der Wirtschaftsförderungsmaßnahmen der Region geeignete Informations- und Kooperationsplattformen zu entwickeln, die den Austausch und die interkommunale Zusammenarbeit zu Projekten der Wirtschaftsförderungen in der Region unterstützt.

Begründung:

Eine der größten Herausforderungen heterogener Organisationen ist die Gewährleistung eines effizienten Informationsmanagements. Eine effektive und abgestimmte Zusammenarbeit setzt voraus, dass relevante Informationen über die Maßnahmen einer Organisationseinheit auch anderen Einheiten zur Verfügung stehen, so dass diese ihre Maßnahmen wiederum entsprechend planvoll ausrichten können. Als Dachorganisation ist es die Aufgabe der WRS dafür zu sorgen, dass die einzelnen Aktivitäten der Wirtschaftsförderungen in der Region Stuttgart sich nicht gegenseitig blockieren, sondern ineinandergreifen und einander ergänzen. Hierfür ist ein effizienter Informationsaustausch zwischen den Wirtschaftsförderungen der Region unabdingbar. Aktuell findet der Austausch allerdings nicht regionsweit, sondern allenfalls landkreisbezogen statt. Wir beantragen daher, dass die WRS eine Informations- und Kooperationsplattform entwickelt, die den Austausch und die interkommunale Zusammenarbeit zu Projekten der Wirtschaftsförderungen in der Region unterstützt. Bestandteil einer solchen Plattform sollte eine gemeinsame Projektdatenbank sein, in der die WRS die in den regelmäßigen Austauschen mit den lokalen Wirtschaftsförderungen gewonnenen Informationen sammelt, aufbereitet und den übrigen Einheiten in der Region verfügbar macht.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Strategische Themen definieren und Innovationsprojekte in der Region Stuttgart voranbringen

Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt,

strategische Themen der Region zu definieren, diese in der Region zu bündeln und beratend zu unterstützen. Ein solches strategisches Thema sollte die Förderung des Innovations- und Gründungsgeschehens in der Region sein.

Begründung:

Aufgabe einer erfolgreichen regionalen Wirtschaftsförderung ist es, die Entwicklung der Wirtschaftsregion in strategisch relevanten Feldern voranzubringen. Hierzu sind strategische Schwerpunktthemen erforderlich, in denen die WRS gemeinsam mit den Kommunen Projekte initiiert oder auf bestehenden Projekten aufbaut und diese in der Region mit ähnlichen Projekten zusammenführt. Ein Schwerpunkt sollte dabei die Förderung des Innovations- und Gründungsgeschehens sein. Vor dem Hintergrund intensiver Bemühungen des Landes zur Förderung der Gründer- und Start-up-Szene, etwa im Rahmen des Wettbewerbs „Gründungsfreundliche Kommune“, sollte die WRS ihrem Auftrag gemäß ebenfalls koordinieren und die Kommunen bei ihren Aktivitäten proaktiv beraten und unterstützen.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Angebote der WRS in die Fläche der Region bringen

Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt,

bei der Durchführung von Veranstaltungen und Formaten die Städte und Gemeinden der Region als Veranstaltungsorte angemessen zu berücksichtigen.

Begründung:

Gegenwärtig werden viele Veranstaltungen der WRS ausschließlich in Stuttgart durchgeführt. Eine gute regionale Wirtschaftsförderung benötigt aber eine starke lokale Verankerung. Wir fordern die WRS daher auf, ihre lokalen Beziehungen auch bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen zu intensivieren und diese – wo sinnvoll als Gast der lokalen Wirtschaftsförderungen – in den Städten der Region durchzuführen. Hierdurch kann die Region in der Fläche von Veranstaltungen profitieren und die Zusammenarbeit des Dienstleisters WRS mit seinen Auftraggebern, den Städten, weiter gestärkt werden.



Harald Raß Jürgen Zieger und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Entwicklung der Welcome Center

Die Geschäftsstelle der WRS wird beauftragt,

über die Arbeit und Entwicklung der Welcome Center zu berichten. Dabei soll unter anderem Auskunft über folgende Punkte gegeben werden:

- a) Wie viele internationale Fachkräfte wurden erfolgreich beraten, aus welchen Ländern stammen sie und in welchen Branchen in der Region sind sie tätig;
- b) Wie und mit welchen Kooperationspartnern werden Fachkräfte aus dem Ausland geworben;
- c) Durch welche Maßnahmen tragen die Welcome Center zur Integration der Neubürgerinnen und Neubürger bei;
- d) Welche Unterstützung können Welcome Center bei der Einbürgerung von Zuwanderern leisten.

Begründung:

Die Region Stuttgart ist schon lange Heimat für viele Menschen unterschiedlicher Nationalitäten. Von dieser Vielfalt profitiert unsere Region und die Wirtschaft, in der nach wie vor ein Fachkräftemangel herrscht. Integration ist der Schlüssel für ein gutes Miteinander. Von daher ist es wichtig, zu erörtern, welchen Beitrag die Welcome Center zur Fachkräftesicherung, aber vor allem zur Integration der Neubürgerinnen und Neubürger leisten. Ebenfalls sollten Zuwanderer zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft motiviert werden. Hier stellt sich die Frage, inwiefern die Welcome Center hier unterstützend aktiv werden können.



Harald Raß Jürgen Zieger Jasmina Hostert und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Leipzig Charta 2.0

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

1. darzulegen, welche Haltung der Verband Region Stuttgart zur Leipzig Charta 2.0 einnimmt,
2. zu berichten, welchen Beitrag der Verband Region Stuttgart zum Thema Leipzig Charta 2.0 bisher geleistet hat,
3. darzustellen, welche regionalpolitischen Auswirkungen die Charta 2.0 auf das Verbandsgebiet haben wird.

Begründung:

2007 wurde die „Leipzig Charta“ auf den Weg gebracht. Ziel war die Schaffung einer neuen Stadtpolitik in Europa mit dem Ziel einer nachhaltigen integrierten Stadtentwicklung unter Einbeziehung benachteiligter Stadtquartiere.

Die Leipzig-Charta soll, wenn Deutschland 2020 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, fortgeschrieben, bzw. neu aufgelegt werden. Unter dem Titel „Leipzig Charta 2.0“ sollen die Herausforderung unserer Zeit bei der Stadtentwicklung aufgearbeitet werden. Dazu werden auch neue globale und europäische Regelwerke, wie die „Sustainable Development Goals“, die „Urban Agenda“ oder auch der „Pakt von Amsterdam“ (EU) einbezogen.

Da es hierbei um die Betrachtung der Städte, dem Umland und der Metropolregion geht, ist dieses Thema auch von Interesse für den Verband Region Stuttgart.



Harald Raß Regina Traub und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Prinzip Schwammstadt

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

über das „Prinzip Schwammstadt“ (Sponge-city) zu berichten.

Begründung:

Zunehmende Oberflächenversiegelung führt bei (Stark-) Regen zu erheblichem Oberflächenabfluss mit punktuell hohen Abflussmengen, bzw. überfluteten Straßen. Andererseits kommt es bei langanhaltender Trockenheit, vor allem in sog. „urbanen Hitzeinseln“ zu einem starken Aufheizen in den Städten. Dieses Aufheizen kann durch langsam verdunstendes Wasser (ggf. über Dach- und Fassadenbegrünung) reduziert werden.

Ziel der „Schwammstadt“ ist die Speicherung von Oberflächenwasser in der Stadt in diversen Speicherräumen in den Straßen oder auf den Dächern. Das dann nur langsam abfließende Wasser kann so das Kleinklima durch Verdunstung verbessern.



Harald Raß Regina Traub und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Aktionsprogramm Wohnen

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

zu berichten, welche konkreten Maßnahmen aus dem Aktionsprogramm Wohnen seit dem letzten Zwischenbericht (PLA 285/18) im Juli 2018 durchgeführt wurden. Ferner soll die Geschäftsstelle darstellen, welche weiteren Schritte und Vorhaben für 2020 im Einzelnen geplant sind.

Begründung:

Bereits 2017 wurde das „Aktionsprogramm Wohnen“ auf den Weg gebracht. Seit der Präsentation am 11.7.2018 erfolgte keine weitere Information im Gremium mehr.



Harald Raß Regina Traub und Fraktion

16. Oktober 2019

Antrag der SPD-Regionalfraktion Stuttgart

Haushalt 2020

Starkregengefahrenkarten

Die Regionalverwaltung wird beauftragt,

zu prüfen, ob bisherige Erhebungen aus kommunalen Starkregengefahrenkarten Folgen für die Flächenausweisungen der Regionalpläne haben.

Begründung:

In den Starkregengefahrenkarte werden potenzielle Überflutungsbereiche, die bei starker Abflussbildung auf der Geländeoberfläche nach Starkregen entstehen, dargestellt.

Unterschieden wird in seltene, außergewöhnliche und extreme Szenarien.

Diese prognostizierten Gefahrenstellen sind bei der Flächenausweisung in Bauleitplanung von erheblicher Bedeutung und können ggf. die Umsetzung von Bauland einschränken.



Harald Raß Regina Traub und Fraktion